

# Vor 100 Jahren: Kirchhasel im Ersten Weltkrieg

## Das Jahr 1914

Schon lange hatten sich die europäischen Großmächte waffenstarrend belauert. Besonders misstrauisch blickte man auf das ehrgeizige und wirtschaftlich erstarkende Deutsche Reich. Die Berliner Reichsregierung betrieb eine aggressive Außenpolitik des „Säbelrasselns“. Sie vergrößerte das Heer und baute eine gewaltige Flotte von Schlachtschiffen auf. Die schwelenden Spannungen entluden sich, als am 29. Juni 1914 serbische Nationalisten in Sarajewo den österreichischen Thronfolger ermordeten. Österreich-Ungarn war entschlossen, sofort gegen Serbien vorzugehen und die deutsche Regierung versprach Wien die volle Unterstützung, obwohl klar war, dass Russland für das kleine Serbien Partei ergreifen würde. Die Krise hätte sicher durch diplomatisches Geschick beigelegt werden können, aber es fehlte allen Parteien der Wille dazu. Jede Nation sah den Krieg als das Mittel, die europäische Vormacht zu erringen. Am 1. August erklärte Deutschland dem „Todfeind“ Russland und am 3. August dem „Erbfeind“ Frankreich den Krieg. Das allerdings wurde der Bevölkerung verschwiegen. Der Kaiser sprach in seiner feierlichen Proklamation „*An das deutsche Volk*“ von einem tückischen Überfall missgünstiger Feinde, die „*uns den Erfolg unserer Arbeit neiden*“. Sofort begann die Mobilmachung. Auch einige Kirchhaseler Bauern erhielten mitten in der Getreideernte den Gestellungsbefehl und wurden „Zu den Fahnen gerufen“. Die nationale Begeisterung war so groß, dass sich einige sofort freiwillig zum Kriegsdienst meldeten. Am 9. August verabschiedete Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt das Bataillon III/96<sup>1</sup> - unter den Soldaten auch Kirchhaseler Bauernsöhne - auf dem Rudolstädter Marktplatz und anschließend marschierte die Truppe unter Jubel aus Rudolstadt aus.<sup>2</sup> Pausenlos rollten in den ersten Augustwochen die Eisenbahnzüge an die Front. Siegesgewiss und prahlend hatten die Soldaten auf die Waggonwände geschrieben „Jeder Schuß ein Ruß, jeder Stoß ein Franzoß“. Niemand zweifelte am baldigen Sieg der deutschen Truppen. Viele dachten noch an den kurzen deutsch-französischen Krieg 1870/71 zurück. Kaiser Wilhelm II. versprach hochmütig: „*Bevor die Blätter fallen, seid ihr wieder in der Heimat.*“ Anfangs überschlugen sich auch die Siegesmeldungen. Das deutsche Heer besetzte Belgien und Luxemburg und stürmte weit in den Norden Frankreichs ein. Doch der Vormarsch endete im September in einem Fiasko. An der Marne stoppten die französischen und britischen Truppen den Angriff, die Front erstarrte in einen grimmigen, brutalen Stellungskrieg. Bald trafen in Kirchhasel die ersten Trauerbotschaften ein. „Den Heldentod auf dem Feld der Ehre“, wie es in Heeresmitteilungen hieß, ereilte am 20. September zuerst Artur Weidmann und Max Berlt und am 29. November Edmund Kummer. Im Spätherbst kam die Einberufungsmaschinerie voll in Gang. Ob Bauer oder Knecht, Familienvater oder Junggeselle, sie alle wurden eingezogen, niemand wurde mehr ausgelassen. Auf vielen Höfen mussten nun die Frauen mit den Kinder und den alten Eltern sehen, wie sie mit der Kartoffel- und Rübenernte sowie den Feldbestellungen fertig wurden. Schon im ersten Kriegsjahr wurde das Petroleum knapp, so dass der Kirchhaseler Gemeinderat beschloss, in der Pfarrei und in der Schule elektrisches Licht legen zu lassen. Die Gemeindevertreter lehnten es jedoch ab, die Kosten aus der Gemeindekasse zu bezahlen, da größere Steuerausfälle wegen zahlreicher Einberufungen hiesiger Steuerkräfte zum Kriegsdienst zu erwarten waren. Man beschloss, den Kriegsteilnehmern die Gemeindesteuer zu erlassen und den Steuerausfall aus der Schwimmer-Stiftung zu begleichen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Den Gräflisch-Schwarzburgischen sowie den Reußischen Herrscherhäusern wurde 1702 durch kaiserliche Resolution die Genehmigung zur Errichtung eines ständigen, gemeinschaftlichen Regiment erteilt. 1815 stellten die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen zunächst ein gemeinschaftliches Bataillon zum Deutschen Bund, zu denen jedes Fürstentum zwei Kompanien gab. 1849 vermehrte jedes Fürstentum für sich seine beiden Kompanien zu einem Füsilier-Bataillon zu vier Kompanien. Durch die Militärkonvention vom 26.6.1867 zwischen Preußen und Sachsen-Weimar, Sachsen-Meinigen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere und jüngere Linie bildeten die genannten Staaten 3 Regimenter nach preußischem Muster. Die Verwaltung ging in preußische Hände über. Die Kontingente von Sachsen-Altenburg (als I. Bataillon in Altenburg), Reuß beider Linien (als II. Bataillon in Gera und Greiz), Schwarzburg-Rudolstadt (als III. Bataillon in Rudolstadt) wurden mit Wirksamkeit vom 1.10.1867 zum 7. Infanterie-Regiment der Provinz Thüringen und zum 96. des Deutschen Reiches zusammengezogen. Das Sonderhausener Bataillon wurde 1867 in das 3. Thüringer Infanterie-Regiment (dem 71. des Deutschen Reiches) eingegliedert.

<sup>2</sup> L. Pfeifer: Chronik der Stadt Rudolstadt (1929)

<sup>3</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1905-1914, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

## Das Jahr 1915

Schon im Vorjahr hatte die britische Regierung eine umfassende Seeblockade verhängt. Beinahe von heute auf morgen fielen ein Fünftel aller Nahrungsmittel, die vor dem Krieg aus dem Ausland importiert wurden, weg. Bald waren die vorhandenen Vorräte aufgebraucht. Aber auch ausländische Düngemittel, wie Guano und Chilesalpeter, die vor dem Krieg zum enormen Aufschwung der deutschen Landwirtschaft beigetragen hatten, blieben aus. Und nach der Mobilmachung mangelte es überall an Arbeitskräften. Dies alles führte im zweiten Kriegsjahr zu einer tiefen Krise der Landwirtschaft und zu einem katastrophalen Einbruch der Hektarerträge. Dass die deutsche Landwirtschaft die Bevölkerung aus eigener Scholle ernähren könne, wie führende Agrarpolitiker vor dem Krieg immer wieder verkündeten, stellte sich nun als illusorisch heraus. Die Lebensmittel wurden knapp, ihre Preise stiegen unaufhörlich. Um die schlimmsten Auswirkung dieser Teuerung abzufangen, wurden vom Staat und von der Gemeinde Unterstützungsgelder an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt. Der Getreide- und Mehlverbrauch wurde rationiert (300 g Getreide oder 240 g Mehl pro Person und Tag). Das gesamte restliche Getreide wurde beschlagnahmt.<sup>4</sup> Die Bauern mussten das Korn zu festgesetzten Preisen an die „Kriegsgetreidewirtschaft“ abliefern. Als die Getreidevorräte immer bedenklicher zusammenschrumpften, wurde den Bäckern vorgeschrieben, den Brotteig mit Kartoffeln zu verlängern. Auf dem Brotlaib hatten sie den Buchstaben „K“ einzuritzen. Es schmeckte abscheulich. Auch in der Viehzucht ging es rasch bergab. Durch die Seeblockade gab es wesentlich weniger Futtermittel. Obwohl es verboten war, Getreide zu verfüttern, um der Bevölkerung das tägliche Brot zu sichern, hielten sich wenige Bauern daran, um ihr Vieh am Leben zu halten. Die Regierung verordnete deshalb eine umfangreiche Zwangsschlachtung der Schweine. Im gesamten Reich wurden in der „*Bartholomäusnacht des Borstenviehs*“ fast 9 Millionen Tiere geschlachtet, mehr als ein Drittel des Bestandes. Kurzzeitig gab es nach dem „Schweinemord“ Fleisch und Fett im Überfluss. Vorräte wurden jedoch nicht angelegt, so dass sich bald eine „Fettlücke“ auftat mit verheerenden Folgen für die folgenden Kriegsjahre. An der Westfront artete der Stellungskrieg in sinnlose Materialschlachten aus, erstmals wurde Kampfgas angewendet, was zu ungeheuren Menschenverlusten auf beiden Seiten führte. An der Ostfront gelang die Vernichtung einer russischen Armee in Masuren und große Geländegewinne in Polen, Litauen und Kurland. Bei den Kriegshandlungen starben weitere 7 Kirchhaseler, und zwar Erwin Schaubitzer, Alfred Straubel, Otto Kellner, Alfred Heunisch, Alfred Schaubitzer, Albin Brauer und Wilhelm Jungermann.

## Das Jahr 1916

Von den 74 wahlberechtigten Kirchhaseler Ortsnachbarn waren 24 zum Kriegsdienst eingezogen, außerdem waren fast alle Bauernsöhne im Krieg. Um den Arbeitskräftemangel zu mindern, sollten bei der Frühjahrsbestellung Kriegsgefangene gestellt werden. Im Herbst wurden die Kartoffelferien um 1½ Woche verlängert. Trotz dieser Maßnahmen verschärft sich die Lebensmittelknappheit weiter. Die Ablieferpflicht für Getreide wurde auch auf Kartoffeln und auf Butter ausgedehnt. Im Mai wurde das „Kriegsernährungsamt“ gebildet. Ein umfangreiches Geflecht staatlicher Behörden schrieb den Bauern nun vor, was sie in welchen Mengen wann und wo abzuliefern hatten. Bald verging keine Woche mehr, in der sie von neuen Verordnungen, Kontrollen und Beschlagnahmungen unbehelligt blieben. Die Landwirte konnten nun nicht mehr über ihre Erzeugnisse frei verfügen. Ihnen blieb nur noch die erlaubte Selbstversorgung. Auch das Hausschlachten wurde reglementiert. Am 26.8.1916 wurden Butterkarten ausgegeben (¼ Pfund pro Kopf für 2 Wochen). Aber nicht nur Lebensmittel waren rationiert, sondern fast alle Güter des täglichen Bedarfs. So gab es jetzt auch Bezugsscheine für Bekleidung, Schuhwerk, Spiritus und Fahrradreifen. Diejenigen, die ihre Fahrräder noch benutzen wollten, mussten um Genehmigung nachsuchen. Eine Fahrradgenehmigung erhielt nur, wer es weiter als 3 km zu seiner Arbeitsstelle hatte oder wer sein Fahrrad zu dienstlichen Zwecken brauchte. Wer die Erlaubnis nicht erhielt, musste die Fahrradbereifung bis zum 15.9. an Fahrradhändler Böttner in Rudolstadt abliefern. Alle Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel mussten bis zum 31. März gemeldet und abgeliefert werden. Für den Kupferkessel und die -pfanne des Schulfens beantragte die Gemeinde Kirchhasel, die Ablieferung bis zur wärmeren Jahreszeit zu verschieben.<sup>5</sup> Um Energie zu sparen, wurde am 1. Mai 1916 die Sommerzeit per Regierungsdekret eingeführt, das hatte zur Konsequenz, dass die Uhren um eine Stunde vor- und im Herbst wieder zurückgestellt werden mussten. In der Industrie konnten durchaus Energieeinsparungen nachgewiesen werden, weshalb die Sommerzeit auch in den folgenden Kriegsjahren beibehalten wurde. In der Landwirtschaft brachte die Zeitverschiebung eher Nachteile, weil die

<sup>4</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

<sup>5</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

gewonnene Stunde am Vormittag oft nicht genutzt werden konnte, da das Erntegut noch feucht war und am Abend eine volle Erntestunde verloren ging. Deshalb kümmerten sich viele Bauern gar nicht um die neue Sommerzeit und arbeiteten wie bisher nach der alten Sonnenzeit. In den Dörfern gingen die Uhren eben anders. An der Westfront brachten die ungeheuren und todbringenden Materialschlachten bei Verdun und an der Somme keine Entscheidung. Es fiel der Kirchhaseler Alfred Jäcksch. Paul von Hindenburg übernahm die Oberste Heeresleitung, der Kaiser trat mehr und mehr in den Hintergrund und die schwachen Reichskanzler mussten sich immer mehr dem Diktat des Militärs beugen.

## Das Jahr 1917

Das Ablieferungssoll konnte nicht mehr erfüllt werden, weil im vorigen Herbst die Kartoffelernte schlecht ausfiel. Ursache war, dass fast überall im Reich die Kartoffelstauden von Krautfäule befallen waren. Aufgrund ungünstiger Witterung hatte sich die Pflanzenkrankheit binnen weniger Wochen ausgebreitet. Pflanzenschutzmittel, die die Krautfäule wirksam hätten bekämpfen können, gab es noch nicht. Die Nahrungsverknappung wurde im Winter 1916/1917 noch dadurch verschärft, dass die tiefsten Temperaturen während des Krieges gemessen wurden und dadurch die notwendigen Transporte in die Großstädte und industriellen Ballungszentren unmöglich waren bzw. die wenigen Kartoffeln beim Transport mit der Bahn erfroren und ungenießbar wurden. In den Städten kam es zu einer Hungerkatastrophe. Die Ernährung konnte teilweise nur noch durch Steckrüben einigermaßen aufrechterhalten werden. Diesen bitteren Winter, in dem es kaum Kohlen zum Heizen und nur Steckrüben zum Essen gab, vergaßen die Menschen in den Städten so schnell nicht. Aber auch die Menschen auf dem Lande mussten sich drastisch einschränken. In den beiden ersten Kriegsjahren waren die Selbstversorgungsrationen für die ländliche Bevölkerung noch großzügig berechnet gewesen, so dass niemand auf die üblichen Mahlzeiten und Speisen verzichten musste. Jetzt aber, ab Anfang 1917, wurden die Rationen für Kartoffeln selbst für Landwirte gesenkt. Sie und ihre Angehörigen erhielten nur noch je ein Pfund Kartoffeln in der Woche. Doch das stand meistens nur auf dem Papier. Bevor die Bauern ablieferten, zweigten sie natürlich einen ausreichenden Teil der Kartoffelernte für den Eigenverbrauch und auch für den Schleichhandel ab.<sup>6</sup>

Am 6. April erklären die USA Deutschland den Krieg, was schließlich die sich schon längst abzeichnende Entscheidung brachte. Daran änderten auch die Revolution in Russland und der Friede im Osten nichts. An der Front fielen 1917 die Kirchhaseler Ernst Thomas, Erwin Heimbürge und Alfred Hercher.<sup>7</sup>

Die Thüringer Elektrizitätsversorgungsgesellschaft führte die Hochspannungsleitung des Saale-Elektrizitätswerkes über die Blöschitz nach Oberhasel. Der Ort wurde jedoch erst im Februar 1918 zugeschaltet, kurz darauf auch Unterhasel. Die Unterhaseler mussten 1200 Mark je Anlieger als Selbstbeteiligung aufbringen, weil der Saale-Elektrizitäts GmbH die Anschlusskosten für die wenigen Häuser zu hoch waren, obwohl die 1911 erbaute Leitung nach Kirchhasel unmittelbar vorbei führte.<sup>8/9/10</sup>

## Das Jahr 1918

Die beiden Kirchenglocken, die 1793 in der Rudolstädter Glockengießerei von Johann Mayer gegossen wurden, wurden beschlagnahmt und abgeholt. Ebenso musste entsprechend dem Beschluss der Metallbronzegesellschaft Berlin das Bronzerelief des 1889 errichteten Kaiserdenkmals abgegeben werden.

Am 29. September 1918 informierte die Oberste Heeresleitung entgegen allen bisherigen Verlautbarungen den Deutschen Kaiser und die Regierung über die aussichtslose militärische Lage des Heeres und forderte durch Erich Ludendorff ultimativ die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen. Am 4./5.10.1918 ersuchte Reichskanzler Max von Baden die Alliierten um einen Waffenstillstand. Indem die Seekriegsleitung mit dem Flottenbefehl vom 24.10.1918 im Sinne eines „ehrvollen Untergangs“ die bisher vermiedene, nahezu aussichtslose Entscheidungsschlacht suchte, weckte sie den Widerstand von Matrosen, die in wachsender Zahl den Befehl verweigerten und als Folge die Novemberrevolution auslösten.

<sup>6</sup> G. Strottdrees: Höfe, Bauern, Hungerjahre – Aus der Geschichte der westfälischen Landwirtschaft 1890-1950  
Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup 1998

<sup>7</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

<sup>8</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

<sup>9</sup> L. Lange: Die Elektrifizierung in Rudolstadt und seiner nächsten Umgebung, RHH 36(1990) S. 152-157

<sup>10</sup> Staatsarchiv Rudolstadt, Landratsamt Rudolstadt III G 38, Bl 199-203 (Elektr.Oberh.), Bl. 207(Unterhasel)

Durch die Demobilisierung stieg der Lebensmittelbedarf ganz erheblich. Vom Kommunalverband wurde am 26.10.1918 über verzögerte Getreide- und Kartoffelablieferung geklagt. Man befürchtete, dass die Mangelerscheinungen zu Gewalttaten führen könnten. Um die Ablieferung der Landwirtschaftsprodukte zu überwachen und den Schleichhandel zu unterdrücken, wurden überall Ortsausschüsse, so auch in Kirchhasel, beschlossen.<sup>11</sup> Durch diese Maßnahmen war die Novemberrevolution aber nicht mehr zu verhindern.

Am 11. November 1918 trat der Waffenstillstand von Compiègne in Kraft. Im letzten Kriegsjahr musste noch Otto Brauer sein Leben in diesem sinnlosen Krieg lassen. Edmund Büchner starb 1919 an den Folgen einer Kriegsverletzung in der Heimat. Insgesamt mussten 16 junge Bauernsöhne aus Kirchhasel in diesem grausamen Krieg ihr Leben lassen. In der Summe haben in den vier Kriegsjahren seit 1914 mehr als neun Millionen Menschen ihr Leben verloren, 20 Millionen waren verwundet worden.

Am Ende der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ wurde Kaisers Wilhelm II. gestürzt. Unter dem Einfluss der russischen Revolution wurden in allen Teilen Deutschlands Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, in Rudolstadt am 10. November 1918. Die Arbeiter- und Soldatenräte zwangen auch die Fürsten der acht thüringischen Kleinstaaten zur Abdankung. Herzog Ernst II. von Sachsen-Altenburg dankte am 14. November 1918 ab. Sehr ruhig und auf parlamentarischem Wege verlief der politische Umbruch in Schwarzburg-Rudolstadt. Der dortige Arbeiter- und Soldatenrat drängte Fürst Günther Viktor zunächst nicht zur sofortigen Abdankung und der Landtag konnte weiter arbeiten. Die Arbeit der Regierung wurde durch einen vom Arbeiter- und Soldatenrat bestellten Volkskommissar überwacht, dem Gesetze und Verordnungen zur Gegenzeichnung vorgelegt werden mussten. In der Landtagssitzung vom 15. November erklärte der Abgeordnete Ernst Otto den Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Vorsitzende er war, zur höchsten Gesetzgebenden Gewalt im Land und forderte die Abdankung des Fürsten. Dieser erklärte sich hierzu bereit, sofern ein reibungsloser Übergang zum republikanischen Regierungssystem gewährleistet werden könne. Am 21. November 1918 genehmigte der schwarzburg-rudolstädtische Landtag die Gesetze zur Überführung des Fürstentums in einen Freistaat und zur Bildung einer „Günther-Stiftung“, in die Schloss Heidecksburg mit seinen Sammlungen eingebracht werden sollte, um sie zukünftig öffentlich zu nutzen. Am 22.11.1918 unterschrieb Fürst Günther Viktor das Gesetzeswerk, das tags darauf rechtsgültig wurde. Am Tag des Inkrafttretens der neuen Verfassung, dem 23. November, verzichtete Fürst Günther Viktor als letzter thüringischer und deutscher Herrscher auf seinen Thron. Damit ging die Gesetzgebung auf den Landtag über und das neu gebildete Ministerium setzte sich nun aus sieben Personen zusammen. Unter ihnen befanden sich Emil Hartmann (SPD) und Ernst Otto (SPD), aber auch die bereits zuvor tätigen fürstlichen Beamten, wie Staatsminister Freiherr von Recke, der Geheime Staatsrat Werner sowie Staatsrat Wismann. Emil Hartmann, der schon 1902 in den Landtag gewählt wurde, übernahm den Vorsitz im Gesamtministerium. Eines der ersten Gesetze war das Wahlgesetz für den Freistaat Schwarzburg-Rudolstadt. Die nächste Wahl fand jedoch erst am 12. März 1919 statt, solange blieb der bereits 1912 gewählte Landtag im Amt.<sup>12,13</sup> Bis dahin war auch der Arbeiter- und Soldatenrat das kontrollierende Gremium der Regierung. Zu der am 12. Dezember 1918 in Blankenburg stattgefundenen Generalversammlung der Arbeiter- und Bauernräte wurde Willy Heusch als Vertreter der Gemeinde Kirchhasel entsandt.<sup>14</sup>

Die Friedensbedingungen wurden in den Jahren 1919 bis 1923 in den Pariser Vorortverträgen geregelt. Von den Verlierermächten konnte lediglich Bulgarien die staatliche Verfasstheit der Vorkriegszeit erhalten, das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn zerfielen, in Russland ging das Zarentum unter, in Deutschland das Kaiserreich. Im Ergebnis der Novemberrevolution wurde in Deutschland eine Republik gegründet, die aber nicht stabilisiert werden konnte. Die Revolution führte zur Erringung des Streikrechts, der Koalitionsfreiheit, des Frauenwahlrechts sowie des achtstündigen Arbeitstages.

Der einseitig von den Siegermächten diktierte Friedensvertrag von Versailles brachte keinen wirklichen Frieden. Er war der Nährboden für den Nationalsozialismus in Deutschland und führte 1939 zum Zweiten Weltkrieg, in dem noch mehr Menschen starben.

---

<sup>11</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28

<sup>12</sup> P. Post: Von der Fürstenzeit zur Weimarer Republik, III. Teil des Kataloges zur 2. Thüringer Landesausstellung „Thüringen – Land der Residenzen“ in Schloss Sondershausen, 15.5. – 3.10.2004, Seite 540

<sup>13</sup> Der letzte deutsche Regent – Vor 100 Jahren dankte d.Rudolstädter Fürst Günther Viktor ab. OTZ 23.11.2018  
Vor 100 Jahren: Die alte Regierung war auch die neue des Freistaates Schwarzburg-Rudolst. OTZ 24.11.2018

<sup>14</sup> Protokolle der Gemeinde Kirch- und Unterhasel 1915-1932, Kreisarchiv Rudolstadt Gr.Nr. N28